

Pressemitteilung
Nr. 178/2026
Kiel, 30.06.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schwarz-Grün steht finanzpolitisch blank da

Zum heute vorgestellten Entwurf des Landeshaushalts 2027 erklärt der Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:

„Was die Landesregierung heute als solide Konsolidierung verkauft, ist finanzpolitisch eine ziemlich dünne Suppe. Schwarz-Grün nutzt die Kreditlinie bis auf den letzten Euro aus, der Abstand zur Verfassungsgrenze beträgt null und gleichzeitig greift die Landesregierung erneut in Rücklagen, Sondervermögen und den Versorgungsfonds. Das ist kein Haushalt mit Spielraum. Das ist ein Haushalt ohne Reserve.

Die Koalition redet von Verantwortung. In Wahrheit wird an vielen Stellen geschoben, gestreckt und aus der Substanz gelebt. Die Zuführung an IMPULS wird um mehr als 300 Millionen Euro reduziert. Aus dem Versorgungsfonds sollen zusätzlich 242 Millionen Euro entnommen werden, um laufende Ausgaben zu finanzieren. Und beim Personal soll zwar niemand entlassen werden - zugleich werden die Personalkostenbudgets gekürzt. Das bleibt nicht ohne Folgen.

Besonders schwach ist die Antwort der Landesregierung auf die Lage der Kommunen. Städte, Gemeinden und Kreise warnen seit Monaten, dass ihnen die Luft ausgeht. Die Bürgerinnen und Bürger merken es vor Ort zuerst: bei Infrastruktur, Kitas, sozialen Angeboten, Kultur und freiwilligen Leistungen. Die Landesregierung räumt ein, dass es den Kommunen schlecht geht - und verweist dann im Kern auf den Bund. Das reicht nicht.

Für den SSW ist klar: Wir werden diesen Haushalt im parlamentarischen Verfahren sehr genau auseinandernehmen. Entscheidend sind nicht die Überschriften der Koalition. Entscheidend ist, ob davon etwas bei den Menschen in Schleswig-Holstein ankommt - oder ob Schwarz-Grün nur einen Haushalt durch das Wahljahr rettet.“